

Datum: 10.06.2005

Info Nr.: 097

Städte- und Gemeindebund zum Rechnungshofsbericht:

Diagnose richtig – Therapie falsch **Die Aufgaben sind dramatisch unterfinanziert!**

Magdeburg.- Als grundsätzlich richtig hat Sachsen-Anhalts Städte- und Gemeindebund die Aussagen des Landesrechnungshofs zur Verschuldung und zu den Kassenkrediten der Kommunen in Sachsen-Anhalt bezeichnet. „Die Schlussfolgerungen, die Städte müssten weiter im kulturellen und sozialen Bereich sparen, sind jedoch falsch“, betonte SGSA-Landesgeschäftsführer Dr. Bernd Kregel. „Hauptursache für die Finanzkrise ist die Tatsache, dass viele staatliche Aufgaben, die den Städten und Gemeinden auferlegt sind, viel mehr kosten, als das Land an Finanzen dafür bereit stellt. Die eigenen Einnahmen und die Zuweisungen reichen nicht mehr dafür aus, alle Pflichten zu erfüllen, die Bund und Land fordern“, erläuterte Kregel. Das Ansteigen der Kassenkredite sei ein untrügliches Zeichen für die Unterfinanzierung.

Die Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt müssten unterdessen bei nur etwa 40 Prozent der Steuereinnahmen mehr als 100 Prozent der Leistungen erbringen, die von vergleichbaren westdeutschen Städten gefordert würden. „Immer mehr Gemeinden können deshalb ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen“, betonte Kregel, der auf eine aktuel-

le Haushaltsumfrage seines Verbandes verwies. Das zu erwartende Defizit in den gemeindlichen Haushalten für 2005 wird danach auf 520 Millionen Euro geschätzt, 13 Prozent mehr als im Vorjahr. „Die Schere zwischen Pflichten und Finanzen geht bedrohlich auseinander. Deshalb kämpfen wir um jeden Cent aus dem Finanzausgleich, der für unsere Städte und Gemeinden lebenswichtig ist.“

Die Menge der Aufgaben und die Kosten der Aufgaben seien unverhältnismäßig zur Finanzkraft der Kommunen. Mittlerweile sei der Punkt erreicht, wo das Streichen aller „freiwilligen Aufgaben“ nicht mehr ausreiche, die Lücken zu schließen, die bei der Erfüllung der „Pflichtaufgaben“ entstünden. Kostentreibend wirkten nicht nur Gesetze und Verordnungen, sondern viele wohlgemeinte „Handreichungen“ des Landes, die sehr schnell zu Standards würden. „Wir können diesen Teufelskreis nur durchbrechen, wenn endlich eine umfassende Bestandsaufnahme stattfindet und das nicht mehr Finanzierbare entrümpelt wird“, forderte Kregel.